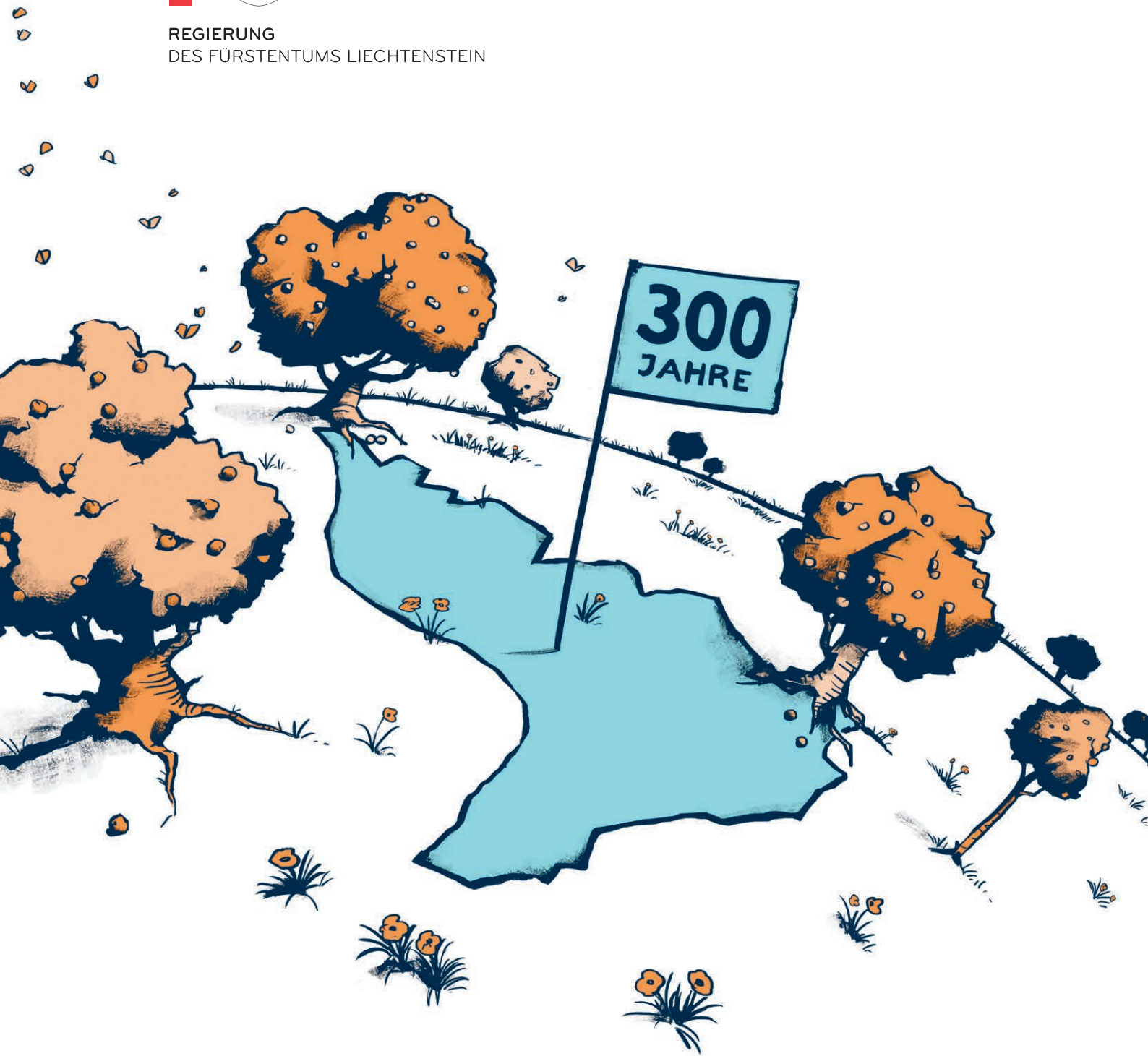




REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN



Schwerpunkte und Ziele

der liechtensteinischen Aussenpolitik

Vorwort	5	Europäische Integration	25
Zusammenfassung	6	Mitgliedschaft im EWR	26
Einleitung	8	Beziehungen zur EU	26
Ziel des Berichts	9	Aussenwirtschaftspolitik	27
Aussenpolitik im Licht des 300-Jahr-Jubiläums	9	Aussenhandelspolitik	28
Ausgangslage und Rahmenbedingungen	12	Finanzplatzpolitik	29
Ausgangslage	13	Multilaterales Engagement	30
Aussenpolitik im Dienst von Bevölkerung und Unternehmen	13	OSZE	31
Kommunikation der Aussenpolitik	15	Europarat	31
Ressourcen der Aussenpolitik im Vergleich	16	UNO	32
Einschätzung der welt- und europapolitischen Lage	18	Internationale Solidarität	32
Schwerpunkte der Aussenpolitik	22	Ziele und Prioritäten bis 2030	34
Bilaterale Beziehungen mit Nachbar- und Schwerpunktländern	23	Veränderte Rahmenbedingungen	35
Nachbarstaaten	23	Bilaterale Beziehungen	37
Weitere Schwerpunktländer	24	Europäische Integration und Aussenwirtschaftspolitik	38
Regionalpolitik	25	Multilaterales Engagement und internationale Solidarität	40

300 Jahre Liechtenstein – das bedeutet gleichzeitig 300 Jahre erfolgreiche und eigenständige Aussenpolitik. Das Jubiläumsjahr 2019 hat dazu eingeladen, einen vertieften Blick auf die inhaltliche Ausrichtung unserer Aussenpolitik zu werfen. Der vorliegende Bericht, den der Landtag im Mai 2019 behandelt hat, ist das Produkt dieser Analyse.

Im Gegensatz zu vergleichbaren Berichten in der Vergangenheit ist das Dokument schlank gehalten. Dies war eine bewusste Entscheidung, um der Öffentlichkeit einen breiten Zugang zur Aussenpolitik zu ermöglichen und auf diese Weise eine Diskussion anzustossen. Damit untermauert die Regierung ihren Anspruch, die aussenpolitischen Schwerpunkte transparent zu kommunizieren, einen Austausch mit der Bevölkerung zu suchen und sich dadurch einen möglichst starken Rückhalt zu sichern.

Dieser Bericht hebt sich in einem weiteren Aspekt von seinen Vorgängern ab: Die Regierung hat sich nicht auf eine reine Bestandsaufnahme beschränkt, sondern in einem strategischen Teil zusätzlich mittelfristige Ziele der Aussenpolitik aufgezeigt. Die liechtensteinische Aussenpolitik ist in ihren Kernbereichen gut aufgestellt, es werden jedoch punktuelle Anpassungen nötig sein, um auf globale Entwicklungen zu reagieren und Liechtenstein auch für die Zukunft richtig zu positionieren.

Die Aussenpolitik leistet weiterhin einen wesentlichen Beitrag zu einem souveränen, glaubwürdigen und erfolgreichen Liechtenstein – zum Wohl unseres Landes, unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft.

Zusammenfassung

Liechtenstein ist in einem anspruchsvollen internationalen Umfeld gut positioniert, um auf aktuelle Herausforderungen reagieren und eine Aussenpolitik im Dienst von Bevölkerung, Unternehmen und Staat gestalten zu können, bei der die Unabhängigkeit und die Interessen des Landes im Vordergrund stehen. Die Aussenpolitik wird – im internationalen Vergleich – mit einem effizienten Einsatz von Personalressourcen und einem kleinen Netz an diplomatischen Vertretungen bestritten.

Die Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik sind:

- Die bilaterale Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Schweiz und Österreich und weiteren Schwerpunktstaaten, insbesondere Deutschland, die USA und die Tschechische Republik, sowie die Regionalpolitik;
- die europäische Integration über die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sowie als assoziierter Mitgliedstaat von Schengen/Dublin und eine enge, dynamische Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU);
- die Aussenwirtschaftspolitik mit den vier Pfeilern Zoll- und Währungsunion mit der Schweiz, EWR, Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und Welthandelsorganisation (WTO) sowie die Finanzplatzpolitik;
- das multilaterale Engagement in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), im Europarat und in den Vereinten Nationen (UNO);

- die internationale Solidarität im Rahmen der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) sowie Nachhaltigkeit.

An diesen Prioritäten wird im Grundsatz festgehalten. Gleichzeitig bedarf es bewusster Weiterentwicklungen, um weiterhin eine erfolgreiche Aussenpolitik betreiben zu können. Die Kleinheit Liechtensteins wird gezielt als Chance genutzt: Sie ermöglicht inhaltliche Kohärenz und rasche Entscheidungen. Bilaterale Beziehungen werden weiter gestärkt sowie im europäischen Raum und mit ausgewählten Staaten in Asien ausgebaut. Die Vorteile der Integration in Europa über den EWR werden aufrechterhalten und gestärkt. Der Aussenwirtschaftspolitik kommt weiter zentrale Bedeutung zu, um bestmögliche Rahmenbedingungen für Export- und Dienstleistungsunternehmen sicherzustellen. In internationalen Organisationen setzt sich Liechtenstein unverändert für eine regelbasierte internationale Ordnung sowie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein und verschafft sich somit ein klares und sichtbares Profil. Das Engagement im Rahmen der internationalen Solidarität wird auf dem jetzigen Niveau gesichert.

Einleitung

Die Regierung hat dem Landtag im Mai 2007 (Bericht und Antrag Nr. 62/2007) letztmals einen ausführlichen Bericht zu den Schwerpunkten und Zielen der liechtensteinischen Aussenpolitik vorgelegt. Seither wurden mehrere Publikationen zur Aussenpolitik veröffentlicht (siehe 2.3). Im Licht der aktuellen europa- und weltpolitischen Entwicklungen beleuchtet der vorliegende Bericht und Antrag die inhaltlichen Schwerpunkte und strategischen Ziele der Aussenpolitik. Die Regierung kommt damit dem Wunsch des Landtags nach stärkerer Kommunikation aussenpolitischer Prioritäten und Massnahmen nach.

Ziel des Berichts

Ziel des Berichts ist die Information von Landtag und Bevölkerung über die Rahmenbedingungen, Herausforderungen und wesentlichen Inhalte des aussenpolitischen Handelns. Dabei wird auch aufgezeigt, wie die Regierung auf aktuelle Tendenzen reagiert und welche Massnahmen angesichts erwarteter Entwicklungen geplant sind. Es ist der Wunsch, damit eine Diskussion zu lancieren und das Bewusstsein dafür zu stärken, dass in einem demokratischen Staat eine langfristig erfolgreiche Aussenpolitik auf den Rückhalt in Politik und Bevölkerung angewiesen ist.

Aussenpolitik im Licht des 300-Jahr-Jubiläums

300 Jahre Eigenständigkeit durch weitsichtige Diplomatie

Positionierung als glaubwürdiger Partner

Vernetzung bildet das Rückgrat unserer Aussenpolitik

Mit dem 300-Jahr-Jubiläum feiert nicht nur Liechtenstein, sondern auch die liechtensteinische Aussen- und Souveränitätspolitik. Die Tatsache, dass das Fürstentum während der letzten 300 Jahre seine Eigenständigkeit bewahrt und sich seit dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich sehr erfolgreich entwickelt hat, ist nicht zuletzt auch das Ergebnis einer weitsichtigen Diplomatie, die sich auf langjährige Partnerschaften und eine gute internationale Vernetzung verlassen und so die langfristigen Interessen des Landes sichern konnte.

Die Aufnahme in den Rheinbund brachte Liechtenstein am 12. Juli 1806 die Souveränität. Die Aufnahme Liechtensteins war Ausdruck des Respekts Napoleons gegenüber Fürst Johann I., der als erfolgreicher österreichischer Feldherr hoch angesehen war und als geschickter Verhandlungspartner galt. Napoleon versprach sich wohl einen einflussreichen Verbündeten im österreichischen Lager. Das Geschenk Napoleons ehrte den Fürsten zwar, stellte ihn aber vor ein grosses Problem, denn er fühlte sich dem Haus Österreich verpflichtet. Um aus dem Dilemma herauszukommen, machte Fürst Johann I. seinem diplomatischen Geschick alle Ehre und trat das Fürstentum Liechtenstein an seinen dreijährigen Sohn Karl Johann ab. Er kam den Verpflichtungen nach, die der Rheinbund

mit sich brachte und stellte die vorgesehene Zahl von 40 Soldaten für das Rheinbundkontingent. Gleichzeitig unterstrich er die Loyalität zu Österreich und erkannte das von Napoleon geschaffene politische System in Deutschland nie an. Im Jahr 1813 entsagte er dem Rheinbund, als Gegenleistung wurde die Souveränität Liechtensteins von Österreich garantiert. Bedingt durch diesen Vertrag zogen darauf zweimal liechtensteinische Truppen in den Krieg gegen Napoleon. Nach dem Fall Napoleons wurde Liechtensteins Souveränität auf dem Wiener Kongress 1815 bestätigt und die Aussenpolitik Liechtensteins gewann durch die Aufnahme in den Deutschen Bund weiter an Bedeutung.

Ein feines Gespür, gute Beziehungen und mutige Entscheidungen prägten seit den Anfängen die Aussenpolitik Liechtensteins. Es waren kluge Personen am Werk, die es verstanden, Liechtenstein als glaubwürdigen und verlässlichen Partner zu positionieren. Prägten zu Beginn fast ausschliesslich Mitglieder der fürstlichen Familie die liechtensteinische Aussenpolitik, so geschah dies seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend im Zusammenspiel mit Persönlichkeiten aus dem Land. Immer auf der Suche nach Partnerschaften zeigte sich ausserdem schnell, dass Liechtenstein vor allem dann erfolgreich ist, wenn es sich unvoreingenommen mit Herausforderungen auseinandersetzt und die sich bietenden Chancen für Allianzen und die Besetzung von Themen nutzt. Die Souveränität Liechtensteins stützt sich seit jeher nicht auf Abschottung, sondern auf die Einbindung in einen Staatenbund oder in internationalen Organisationen. Diese Politik der Einbindung, die auf die Interessen Liechtensteins zugeschnitten ist, war und ist Ausdruck einer eigenständigen und erfolgreichen Aussenpolitik.

Die multilaterale Aussenpolitik, die sich seit den 1970er-Jahren besonders stark entwickelte, war eine wichtige Ergänzung zur bilateralen Ausrichtung auf die Nachbarländer. Wichtige Wegmarken der liechtensteinischen Aussenpolitik im 20. Jahrhundert sind der Abschluss des Zollvertrags und des Währungsvertrags mit der Schweiz, die Teilnahme an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, später Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, kurz OSZE), der Beitritt zum Europarat, die Ratifikation der Europäischen Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) und die Anerkennung der Europäischen Menschenrechtskommission sowie nach deren Auflösung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

Mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen (UNO) gelang die Absicherung der Souveränität auch auf globaler Ebene. Durch die europäische Integration über die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sowie die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) wurde diese weiter gestärkt.

Interessant ist, dass sich Parallelen zwischen der Aufnahme in den Rheinbund 1806 sowie dem Beitritt zum Europarat 1978 und zur UNO 1990 finden. Dies zeigt, wie sich die moderne Aussenpolitik Liechtensteins an den historisch gewachsenen Voraussetzungen orientiert und den erfolgreichen Geschichtsverlauf des Landes weiterschreibt. Mit dem Rheinbund 1806 wurde die liechtensteinische Souveränität erlangt – mit dem Beitritt zum Europarat wurde sie europaweit bekräftigt, mit dem UNO-

Beitritt weiter gestärkt und von allen Staaten der Welt anerkannt. Die Rheinbundzeit markiert nicht nur den Beginn der Souveränität, sondern auch die Entwicklung hin zu einem modernen Staatswesen. Durch die Mitgliedschaften in internationalen Organisationen ist Liechtenstein als souveräner Staat anerkannt und global vernetzt, was international viele Türen geöffnet hat.

Seit rund 150 Jahren genießt Liechtenstein keinen äusseren und inneren militärischen Schutz und ist damit auf die Geltung und Einhaltung einer internationalen Rechtsordnung zur Regelung internationaler Konflikte sowie auf gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten angewiesen. In der UNO und der OSZE setzt sich Liechtenstein deshalb für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als Grundlage der internationalen Sicherheit ein – Werte, von denen Liechtenstein direkt profitiert und deren Achtung für ein kleines Staatswesen unerlässlich ist. Liechtenstein kann keine Machtpolitik betreiben, sondern hat vielmehr Interesse daran, dass für alle die gleichen Regeln gelten und dass diese konsequent eingehalten werden. Darin liegt die grösste Stärke des Landes auf dem internationalen Parkett: Liechtenstein ist glaubwürdig in dem, was es tut. Es kann auf diese Weise aussenpolitisch eine eigene Stimme entwickeln und sich Gehör verschaffen.

Vieles, was schon zur Zeit von Fürst Johann I. von Bedeutung war, ist nach wie vor zentral für Liechtensteins Aussenpolitik. Vernetzung, Partnerschaften und Kooperationen bilden das Rückgrat einer erfolgreichen Aussenpolitik. In guten Zeiten vertrauensvolle Beziehungen zu schaffen, die schlechtere Zeiten überdauern, hat sich bewährt. Es sind die strategische Prä-

senz Liechtensteins mit acht diplomatischen Vertretungen in sechs Ländern, die aktive Pflege bilateraler Beziehungen sowie das Engagement in internationalen Organisationen, die dazu beitragen, dass andere Staaten Liechtenstein als verlässlichen Partner wahrnehmen.

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Ausgangslage

Wir sind international gut positioniert

Heute ist Liechtenstein in der Region, im deutschsprachigen Raum, in Europa und auf globaler Ebene gut positioniert:

- Die Beziehungen mit den beiden Nachbarstaaten sind ausgezeichnet;
- der Austausch mit Deutschland hat eine neue Qualität erreicht;
- das gewählte Integrationsmodell in Europa garantiert den freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt und eine Teilnahme an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich innere Sicherheit und Asylwesen;
- ein Netz an Freihandelsabkommen und die WTO-Mitgliedschaft öffnen liechtensteinischen Unternehmen Märkte ausserhalb des europäischen Binnenmarktes;
- ausgewählte Mitgliedschaften in internationalen Organisationen stärken die Souveränität und die Zusammenarbeit; sie verleihen Liechtenstein eine Stimme und damit ein eigenständiges Profil in der Staatengemeinschaft.

Die Aussenpolitik hat massgeblich zu dieser vorteilhaften Positionierung beigetragen. Wichtige Wegmarken wie die Beitritte zur UNO und zum EWR waren innerstaatlich keineswegs unumstritten. Die Geschichte lehrt, dass eine erfolgreiche Aussenpolitik Weitsicht und Mut erfordert. Das Jubiläum «300 Jahre Liechtenstein» gäbe es ohne eine kluge Aussenpolitik nicht.

Aussenpolitik im Dienst von Bevölkerung und Unternehmen

Aussenpolitik ist Interessenspolitik

Wir engagieren uns für die Anliegen von Bevölkerung und Unternehmen

Wir sehen die Förderung des Wirtschaftsstandorts als zentrale Aufgabe

Aussenpolitik ist zuallererst Interessenspolitik. Sie dient der Wahrung der Interessen der Staatsangehörigen und Unternehmen sowie des Staates an sich. Die Regierung, die Amtsstellen und die liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen verstehen sich als Partner und Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Sie setzen sich aktiv für deren Belange im Ausland ein und nutzen dafür unterschiedliche Ebenen, beispielsweise den Austausch auf Ministeriebene oder die Zusammenarbeit auf Beamtenebene mit ausländischen Behörden. Dies kann die rechtliche Ungleichbehandlung¹, die Sicherung bestehender Rechte² oder die Unterstützung von Unternehmen gegenüber ausländischen Verwaltungsstellen betreffen. Mit der Fachexpertenstelle Brexit wurde zudem eine Stelle geschaffen, welche die liechtensteinischen Interessen im Rahmen des Austritts Grossbritanniens aus der EU sichern soll und an die sich Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit Fragen wenden können.

¹ Z.B. steuerrechtliche Diskriminierungen.

² Z.B. die Rechte von Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner mit Wohnsitz in Grossbritannien im Falle des Brexit.

Die Förderung des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein gehört ebenso zu den zentralen Aufgaben Regierung. Im Bereich der Aussenwirtschaftspolitik findet ein regelmässiger Dialog mit der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, der Wirtschaftskammer Liechtenstein sowie Finanzplatzverbänden statt. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die diplomatischen Vertretungen unterstützen Regierungsmitglieder und Verbände bei Besuchen und Veranstaltungen im Ausland zu Wirtschaftsthemen. Bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen oder in pluri- und multilateralen Verhandlungsformaten werden die Bedürfnisse der Wirtschaft und einzelner Unternehmen eruiert und in die Verhandlungen eingebracht. Bei Besuchen ausländischer Regierungsvertreter und Gäste wird der Wirtschaftsstandort Liechtenstein durch Besichtigungen von liechtensteinischen Unternehmen oder durch die Einladung von Wirtschaftsvertretern zu Austausch ins Bewusstsein gerückt.

Liechtensteinische Staatsangehörige, die im Ausland in Not geraten, können sich für konsularischen Schutz an die Schweizer Vertretungen wenden. Diese nehmen die Interessen von Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern im Ausland wahr. Soweit Österreich für Schweizer Staatsangehörige konsularische Dienstleistungen übernimmt, gilt dies ebenso für liechtensteinische Staatsangehörige. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die Botschaft Bern arbeiten bei konsularischen Fällen wie Krisenereignissen, Naturkatastrophen, Terroranschlägen oder Verhaftungen eng mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Bei Bedarf nimmt das Amt Kontakt mit den Angehörigen der

betroffenen Personen auf und trifft Abklärungen mit relevanten Stellen im Inland.

Durch eine Vielzahl bilateraler und multilateraler Abkommen werden die Interessen der liechtensteinischen Staatsangehörigen und Unternehmen konkret geschützt und gefördert. Dazu zählen zahlreiche bi und trilaterale Abkommen mit den Nachbarstaaten Schweiz und Österreich. Besonders bedeutsam sind der Zollvertrag und der Währungsvertrag mit der Schweiz. Inhaltlich reichen die Abkommen von der gegenseitigen Anerkennung von Berufszeugnissen und akademischen Graden über die soziale Sicherheit bis hin zur trilateralen Zusammenarbeit im Polizeisektor, um nur wenige Beispiele zu nennen. Es gibt kaum einen Lebensbereich, in dem Liechtenstein nicht mit seinen Nachbarstaaten eng zusammenarbeitet. In der Vergangenheit ist es immer wieder gelungen, konstruktive und pragmatische Lösungen für grenzüberschreitende Fragestellungen zu finden. Solche Lösungen werden auch in Zukunft angestrebt.

Auf europäischer Ebene ist der Beitritt zum EWR von konkreter und täglich spürbarer Bedeutung für Bürgerinnen und Bürger durch die Garantie der vier Grundfreiheiten. Diese ermöglichen den unkomplizierten und freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen 31 Staaten. Als wichtiger Meilenstein ist zudem die Assoziierung Liechtensteins an das Schengen-System zu nennen, die das Reisen und Pendeln für viele Bürgerinnen und Bürger im Alltag durch den Verzicht auf systematische Grenzkontrollen an den Binnengrenzen vereinfacht. Einen konkreten Nutzen für Bürgerinnen und Bürger entfaltet auch die Teilnahme an EU-Programmen

wie Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Über den EWR-Finanzierungsmechanismus werden zudem die Teilnahme liechtensteinischer Partner an grenzüberschreitenden Kulturprojekten sowie Schüleraustausche gezielt gefördert, so z.B. zwischen dem Liechtensteinischen Gymnasium und dem deutschsprachigen Gymnasium aus Brünn, Tschechien.

Auch die Honorarkonsuln³ leisten konkrete Dienste für die Bevölkerung und Wirtschaft Liechtensteins. Durch ihr Engagement und Netzwerk öffnen sie Türen zu wichtigen Stellen in Politik, Bildung, Finanzplatz und Wirtschaft in ihrem jeweiligen Konsularbezirk, die von vielfältigem Nutzen für unterschiedliche Akteure in Liechtenstein sind. So unterstützen Honorarkonsuln beispielsweise die Organisation von Veranstaltungen zum Finanzplatz Liechtenstein und fördern den Austausch im Bildungsbereich.

Kommunikation der Aussenpolitik

Hohe Transparenz des aussenpolitischen Handelns durch aktive Kommunikation

Der Öffentlichkeitsarbeit kommt in der Aussenpolitik eine hohe Bedeutung zu. In den letzten Jahren wurde sie gezielt ausgebaut, um die Information von Bevölkerung und interessierten Kreisen zu verbessern und die Transparenz des aussenpolitischen Handelns noch zu erhöhen. Seit dem letzten aussenpolitischen Bericht an den Landtag sind zwei Publikationen zu den Schwerpunkten der Aussenpolitik erschienen: 2012 wurde der Bericht «Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik» veröffentlicht, 2015 folgte mit «Die liechtensteinische Aussen-

politik – verlässlich, engagiert, solidarisch» eine weitere Publikation, welche die Aktivitäten und Prioritäten der Aussenpolitik kompakt aufzeigte.

Diverse Jubiläen wurden genutzt, um Tätigkeit und Bedeutung der jeweiligen Organisationen in verschiedener Form aufzuzeigen. 2016 veröffentlichte die Regierung zum EFTA-Jubiläum die Broschüre «25 Jahre Liechtenstein in der EFTA». 2015 wurde der 25. Jahrestag des Beitritts zur UNO mit einer Jubiläumsveranstaltung in Schaan gefeiert, bei der unter anderem der Stellvertretende UNO-Generalsekretär Jan Eliasson zu Gast war.

Weiter wurde 2018 das Format «Insight» geschaffen: eine kurze Broschüre, die auf wenigen Seiten ein Jubiläum oder Thema der Aussenpolitik erklärt und dessen Relevanz für Liechtenstein erläutert. Das erste «Insight» erschien im August 2018 zum Brexit. Im November erschien zum 40-Jahr-Jubiläum des Beitritts zum Europarat die zweite Ausgabe, in welcher die historischen Hintergründe und das liechtensteinische Engagement in dieser Organisation aufgezeigt wurden. Unter diesem Titel werden auch in Zukunft kurze Publikationen zu aktuellen Themen der liechtensteinischen Aussenpolitik veröffentlicht. Als Teil der Kommunikation wurden in den vergangenen Jahren öffentliche Veranstaltungen mit Bezug zur Aussenpolitik organisiert. Aus Anlass des Jubiläums im Europarat wurde im August 2018 ein Seminar zum Verhältnis zwischen Liechtenstein und der EMRK an der Universität Liechtenstein durchgeführt.

³ Europa: Frankfurt, München, London (Eröffnung im Mai); Asien: Hongkong, Singapur (derzeit vakant); USA: Boston, Chicago, Houston, Los Angeles, Macon.

Anlässlich des Treffens der Finanzsektorkommission zur Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel in Vaduz war die Bevölkerung im Januar 2019 zu einer öffentlichen Veranstaltung eingeladen, bei der über Hintergrund und Ziele der «Liechtenstein Initiative» informiert wurde.

Erwähnenswert sind auch die jährlichen Veranstaltungen zu Liechtensteins Engagement in der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE), die jeweils einem aktuellen Thema gewidmet sind (z.B. den Nachhaltigen Entwicklungszielen der UNO, kurz SDGs, 2018) sowie öffentliche Vorträge mit Diskussions- und Fragerunden, die anlässlich von Besuchen hochrangiger Persönlichkeiten in Liechtenstein organisiert werden. Dies geschah zuletzt beim Besuch der österreichischen Aussenministerin Karin Kneissl im November 2018. Bei früheren Veranstaltungen referierten u.a. der Präsident der UNO-Generalversammlung, Milošević im August 2018, der Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muižnieks, im November 2017, und der UNO-Menschenrechtskommissar Zeid Raad al-Husseini im August 2016.

Die Ministerin für Äusseres, Justiz und Kultur informierte sowohl im Inland als auch im Ausland mit diversen Vorträgen über die liechtensteinische Aussenpolitik. Auch die Diplomatinen und Diplomaten des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und der diplomatischen Vertretungen halten regelmässig Vorträge zu Liechtenstein im Allgemeinen, zu ausserpolitischen Themen und zum Wirtschaftsstandort.

Aktuelle Entwicklungen und Ereignisse in der Aussenpolitik werden über Medienmitteilungen

sowie über die Twitter-Accounts @MFA_LI (Ministerium für Äusseres), @LiechtensteinUN (Ständige Vertretung in New York) sowie @EmbassyLI (Botschaft in Washington) kommuniziert. Die Twitter-Accounts, die mittlerweile gesamthaft über 16 000 Follower haben, erreichen auf niederschwellige Weise Personen und Organisationen, die durch andere Medien kaum abgedeckt werden können. Die ausserpolitischen Aktivitäten Liechtensteins können auf diese Weise breiter gestreut werden.

Ressourcen der Aussenpolitik im Vergleich

Konstante Ressourcen trotz steigendem Aufwand

Die liechtensteinische Aussenpolitik arbeitet seit Jahren mit dem Ziel, den Ressourceneinsatz möglichst effizient zu gestalten. Die Ressourcen für die Aussenpolitik sind in den letzten zehn Jahren bei steigendem Aufwand konstant geblieben. Teilweise sind die Kosten gar geringer geworden. Die wesentlichen Kennzahlen (Gesamtkosten, Gehälter und Anzahl Diplomatinnenstellen, Repräsentations- und Reisekosten sowie Anzahl der diplomatischen Vertretungen und damit einhergehende Raumkosten) verdeutlichen dies.

Der finanzielle Gesamtaufwand für die Aussenpolitik (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen) ist seit 2010 um über 10 % gesunken.⁴ Die Reise- und Repräsentationskosten waren 2018 ebenfalls rund 10 % tiefer als noch 2010.

⁴ Die Aussagen zu den Kostenentwicklungen beruhen auf den Budgetzahlen.

Der Budgetanstieg für das Jahr 2019 ist auf die zahlreichen Aktivitäten rund um das 300-Jahr-Jubiläum Liechtensteins zurückzuführen.

Die Lohnkosten für die angestellten Personen im Amt für Auswärtige Angelegenheiten und den diplomatischen Vertretungen sind leicht zurückgegangen. Demgegenüber ist die Gesamtstellenzahl bzw. die Anzahl der Diplomatens-tellen leicht angestiegen: Während Ende 2010 gesamthaft 38.75 Stellen, davon 25.95 Diplomatens-tellen, vorhanden waren, sind es per 1. Januar 2019 40.65 Stellen bzw. 27.2 Diplomatens-tellen.

Das liechtensteinische Vertretungsnetz ist seit 2002 unverändert geblieben und besteht aus insgesamt acht Vertretungen in Berlin, Bern, Brüssel, Genf, New York, Strassburg, Washington und Wien.⁵ Die Raumkosten für die acht diplomatischen Vertretungen sind seit 2010 um knapp 10 % gesunken.

Die Standorte Brüssel, Genf, New York, Strassburg und Wien sind Vertretungen Liechtensteins bei multilateralen Organisationen, wobei die Vertretungen in Brüssel und Wien eine Doppelfunktion als bilaterale Botschaft zu Belgien respektive Österreich und Tschechien haben. In Brüssel stehen die Beziehungen zur EU, der EWR sowie die Schengen/Dublin-Assoziation im Vordergrund. Im Unterschied zu anderen Staaten geht Liechtenstein sehr zurückhaltend mit Mehrfachakkreditierungen um: Lediglich die Botschafterin in Wien ist zugleich in Tschechien akkreditiert. Die Botschaften in Berlin und Wien und vor allem in Bern⁶ werden zudem von den in Liechtenstein akkreditierten Botschaften anderer Staaten als Anlaufstelle für bilaterale Themen mit Liechtenstein genutzt.

Zusammen mit Andorra hat Liechtenstein das kleinste Netzwerk an diplomatischen Vertretungen der europäischen Staaten. San Marino und Monaco verfügen über ein etwas grösseres Netzwerk. Kleinstaaten wie Island, Luxemburg, Malta und Zypern unterhalten deutlich mehr diplomatische Vertretungen. Ihre regionale Präsenz ist durch Botschaften in Asien und Afrika stärker ausgebaut.

⁵ Hinzu kommen die Liechtensteinische Botschaft in der Tschechischen Republik mit Sitz in Wien sowie die Botschaft beim Heiligen Stuhl (ebenfalls nicht residierend).

⁶ Bei über 80 Staaten ist die Botschaft in der Schweiz zugleich in Liechtenstein akkreditiert.

Einschätzung der welt- und europa- politischen Lage

Anspruchsvolles internationales Umfeld

Multilateralismus unter Druck

Zunehmender wirtschaftlicher Protektionismus

Das internationale Umfeld ist in den vergangenen Jahren anspruchsvoller und fragmentierter geworden. Eine zunehmende Polarisierung zwischen den Grossmächten, ein Wiederaufkommen des Nationalismus kombiniert mit Skepsis gegenüber multilateralen Institutionen und Vertragswerken, eine geschwächte transatlantische Allianz und eine erneute nukleare sowie konventionelle Aufrüstung erschweren die Arbeit internationaler Organisationen – mit negativen Auswirkungen auf die Durchsetzung europäischer und globaler Standards sowie die kollektive Sicherheit in Europa. Die teilweise Abkehr vom Multilateralismus, der gefährdete Grundkonsens zur internationalen Rechtsordnung sowie das weniger stabile Umfeld stellen für Staaten wie Liechtenstein eine kritische Entwicklung dar. Es droht eine gewisse Schwächung des souveränitäts- und sicherheitspolitischen Nutzens, den Liechtenstein mit dem Multilateralismus verbindet.

Als Folge dieser Entwicklungen haben der internationale Menschenrechtsschutz, die Akzeptanz rechtsstaatlicher Grundsätze und die Unterstützung für demokratische Prinzipien vor allem im globalen Kontext abgenommen. Das Klima für Oppositionspolitiker, Menschenrechtsverteidiger, Akteure der Zivilgesellschaft und Journalisten hat sich in vielen Ländern verschlechtert. Damit gehen zunehmende Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und wachsendes Misstrauen gegen angebliche Eliten einher, oft gefördert durch Populismus und Strategien der Desinformation.

Protektionismus und der Druck auf den internationalen Freihandel nehmen zu – sowohl infolge der verfahrenen Diskussionen und des Stillstands in der WTO als auch durch neue Handelsbarrieren wie Einfuhrbeschränkungen und (Straf-)Zölle. Aufgrund dieser Entwicklungen ist davon auszugehen, dass Liechtenstein in Zukunft noch stärker auf enge Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten, ein gut funktionierendes EWR-Abkommen, EFTA-Freihandelsabkommen, bilaterale Steuerabkommen sowie plurilaterale Prozesse angewiesen sein wird.

In den vergangenen Jahren haben die EU-Skepsis und die Spannungen innerhalb der EU zugenommen. Dies kontrastiert mit der Beitritts-euphorie der vorangegangenen Jahrzehnte. In wichtigen EU-Dossiers – wie der Dublin-Reform – konnten keine substantiellen Fortschritte erzielt werden.

Aussenpolitisch ist das Klima für Europa schwierig geworden: Durch die Stärke und das gestiegene Selbstbewusstsein Chinas sowie das Verhalten Russlands haben sich die Rahmenbedingungen verändert. Die Bedeutung der Sicherheitspolitik und der Mitgliedschaft in der OSZE haben in den vergangenen Jahren wieder zugenommen. Das aussenpolitische Gewicht Europas hat weiter abgenommen. Dazu trägt bei, dass es der EU teilweise nicht mehr gelingt, mit einer einheitlichen Stimme nach aussen aufzutreten und dass sie durch die Brexit-Diskussionen und weitere Entwicklungen mit sich selbst beschäftigt ist. Die Rivalität zwischen den USA und China könnte zu einer Herausforderung für die EU werden, wenn beide Seiten Unterstützung für ihre Anliegen einfordern.

Aufgrund der hohen Anzahl an Konflikten und Krisen in Kombination mit der demografischen Entwicklung, dem Wohlstandsgefälle und den negativen Auswirkungen des Klimawandels wird der Migrationsdruck weltweit hoch bleiben. Der Umgang mit Migranten und Asylsuchenden wird auch auf europäischer Ebene eines der bestimmenden innen- und aussenpolitischen Themen bleiben.

Nachhaltigkeits- und Umweltthemen werden in der Aussenpolitik noch an Bedeutung gewinnen. Herausforderungen wie der Klimawandel können nur gemeinsam gemeistert werden. Vereinter Anstrengungen bedarf es auch zur Umsetzung der SDGs der UNO. Die Nachhaltigkeitsziele finden steigende Aufmerksamkeit im Privatsektor, und gerade im Bereich des Klimawandels sind Staaten bereits heute nicht mehr die einzigen zentralen Akteure.

Das politische Klima für Lösungen auf multilateraler Ebene dürfte in naher Zukunft schwierig bleiben. Es ist zu befürchten, dass multilaterale Ansätze gegenüber bilateralen Lösungen vermehrt unter Druck geraten, so beispielsweise im Handelsbereich. Dadurch erhöht sich das Risiko, dass gezielter politischer und wirtschaftlicher Druck wieder stärker zum Tragen kommt. Der Schutz, den internationale Organisationen durch die souveräne Gleichheit ihrer Mitglieder insbesondere kleineren Staaten garantieren, muss daher besonders verteidigt werden. Dem liechtensteinischen Engagement für einen effizienten Multilateralismus im Sinne einer nachhaltigen und weitsichtigen Aussenpolitik kommt entsprechend verstärkte Bedeutung zu.

Schwerpunkte der Aussenpolitik

Bilaterale Beziehungen mit Nachbar- und Schwerpunktländern

Enge und belastbare Beziehungen zu Nachbar- und Schwerpunktländern

Liechtenstein ist in besonderem Mass auf freundschaftlich geprägte, enge und belastbare Beziehungen zu seinen Nachbarn, der Schweiz und Österreich, sowie zu weiteren Schwerpunktsstaaten angewiesen. Während die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen vor allem die Souveränität Liechtensteins stärkt, werden insbesondere über die Nachbarschaftsbeziehungen grundlegende Bedürfnisse des Staates und seiner Bevölkerung gesichert. In einem internationalen Umfeld, das von Unsicherheit und grundlegendem Wandel geprägt ist, kommt den Nachbarschaftsbeziehungen, den bilateralen Beziehungen zu Schwerpunktländern und der Zusammenarbeit in der Region eine besondere Bedeutung zu. Diesen Beziehungen wird sich die liechtensteinische Aussenpolitik in Zukunft verstärkt und mit neuen Initiativen widmen müssen. Die Kulturaussenpolitik, die über diverse Projekte wie das Künstleratelier in Berlin, Traduki, Liechtenstein Languages sowie die Liechtenstein-Regale in Österreich-Bibliotheken verfolgt wird, birgt dabei beträchtliches Potenzial.

Die Tatsache, dass Liechtenstein von befreundeten, demokratischen und föderalen Staaten umgeben und die Region wirtschaftlich stark und auf das Engste integriert ist, bildet gute Voraussetzungen für eine enge Kooperation und eröffnet eine Reihe von Chancen.

Nachbarstaaten

Besonders enge Vernetzung mit unseren Nachbarn

Die Erkenntnis, dass der Staat die Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung und der Wirtschaft nicht zur Gänze aus Eigenem sichern kann, hat bereits im 19. Jahrhundert die Aussenpolitik Liechtensteins geprägt und 1852 zum Abschluss eines Zollvertrages mit Österreich und 1923 zum Zollvertrag mit der Schweiz geführt. Der Zollvertrag und der Währungsvertrag mit der Schweiz sowie über 140 weitere Abkommen zwischen Liechtenstein und seinen beiden Nachbarn – über 100 mit der Schweiz sowie zusätzlich zum EWR-Abkommen (EWRA), das die Beziehungen zu Österreich auf eine neue Basis gestellt hat, über 40 mit Österreich – bilden ein tragfähiges Netzwerk an Verträgen. Sie umfassen sämtliche Bereiche und berühren das Leben der liechtensteinischen Einwohnerinnen und Einwohner täglich. Jedes Jahr kommen neue bilaterale Abkommen hinzu. Das EWRA, die Schengen-Dublin-Abkommen und das Trilaterale Polizeiabkommen bilden weitere Voraussetzungen für eine offene Wirtschaft und offene Grenzen.

Ziel der liechtensteinischen Nachbarschaftspolitik ist es, dieses für Liechtenstein grundlegende und gewachsene Vertragsnetz zu sichern, zu pflegen, weiterzuentwickeln sowie mit der Schweiz und Österreich zu sämtlichen Fragen der bilateralen Beziehungen einen regelmässigen und offenen Austausch zu führen, um die langfristige Handlungsfähigkeit des Landes zu sichern. Die Schweiz und Österreich bauen ihrerseits auf die verlässliche Partnerschaft mit Liechtenstein, die Unterstützung und Solidari-

tät in ihren nationalen und internationalen Anliegen sowie auf einen fairen Ausgleich der Interessen.

Es obliegt Liechtenstein, verstärkt die Initiative für Projekte zu ergreifen und gemeinsame Foren zu zentralen Fragen der Nachbarschaft zu schaffen, in den Nachbarländern Präsenz zu zeigen und mit Vertretern von Politik, öffentlichem Leben, Verbänden, Wirtschaft, Kultur und Medien im ständigen Austausch zu bleiben, Freundschaft zu pflegen und Vertrauen weiterhin zu sichern.

Weitere Schwerpunktländer

Direkte Kontakte für Beziehungen

Liechtenstein als verlässlichen und anerkannten Partner positionieren

In Deutschland, den USA, dem Heiligen Stuhl und in der Tschechischen Republik verfügt Liechtenstein über residierende bzw. nichtresidierende Botschaften. Wirtschaftliche Interessen, die Europapolitik ebenso wie sprachliche und historische Verbindungen bilden die Grundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit Liechtensteins mit diesen und einer Reihe weiterer Staaten. Auch Länder, in denen Liechtenstein keine Botschaft hat, werden zunehmend zu wichtigen Partnern. Dazu zählen insbesondere die EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen sowie weitere strategisch bedeutsame EU-Staaten. Direkten Kontakten auf allen Stufen kommt in den bilateralen Beziehungen zu diesen Staaten eine zentrale Bedeutung zu, um die Beziehungen auf eine neue Ebene zu heben. Dabei spielen auch Liechtensteins

Engagement und Initiativen im multilateralen Bereich, beispielsweise zu den Themen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, eine wichtige Rolle: Sie sind Türöffner und schaffen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit. Sie können somit eine konkrete Investition in die bilateralen Beziehungen mit Schwerpunktländern sein. Oberstes Ziel ist es, mit diesen Ländern stabile Beziehungen aufzubauen, ihnen Liechtenstein näher zu bringen und ihnen ein verlässlicher und solidarischer Partner zu sein, der europäische und internationale Anliegen mitträgt und gemeinsamen Werten verpflichtet ist.

In Deutschland und in den USA liegt der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit in Wirtschafts-, Finanzplatz- und Steueragenden sowie in der Terrorismusbekämpfung. Dazu und zu weiteren Themen werden, auch auf Ebene der Bundesländer bzw. -staaten, Informationsveranstaltungen und Vorträge organisiert oder mitgestaltet, die an Universitäten, Denkfabriken und weiteren Institutionen stattfinden. Neben den klassischen aussenpolitischen Schwerpunkten wird auch bewusst über andere Themenbereiche ein Zugang zu Liechtenstein geschaffen, beispielsweise durch die Teilnahme an grossen Messen in Deutschland wie der Internationalen Tourismus-Börse, der Leipziger Buchmesse oder der Grünen Woche. Durch eine breitere Öffentlichkeitsarbeit werden die Beziehungen weiter gestärkt und es wird ein umfassendes und positives Liechtenstein-Bild gewährleistet.

Liechtenstein und Deutschland verbinden der gleiche Sprach- und Kulturraum, eine gemeinsame Region und enge wirtschaftliche Verbindungen. Durch seine führende Rolle in Europa ist Deutschland einer der wichtigsten Fürsprecher Liechtensteins in der EU. Die USA sind Liechten-

steins zweitgrösster Exportmarkt. Die wirtschaftliche Vernetzung mit Deutschland und den USA soll weiter gefördert werden. Die Tschechische Republik und Liechtenstein verbindet eine einzigartige, über siebenhundertjährige Geschichte. Zwischen den beiden Ländern bestehen nach wie vor offene vermögensrechtliche Fragen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Interessen der Nachfahren von 37 liechtensteinischen Staatsbürgern betreffen und weiterhin einer Lösung harren. Die Entwicklungen in Europa, die Globalisierung, das Aufstreben neuer Global Players sowie die negative Dynamik in der multilateralen Zusammenarbeit werfen die Frage auf, ob das derzeitige aussenpolitische Netzwerk Liechtensteins ausreicht bzw. welche neuen Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Liechtensteins Aussenpolitik muss diesem veränderten Umfeld Rechnung tragen.

Regionalpolitik

Wir tragen zur Stärke der Region bei

Liechtenstein ist in der Region stark verankert. Diese umfasst im Kern Liechtenstein, Vorarlberg, St. Gallen und Graubünden, die Bodensee- und die Alpenregion. Die regionale Zusammenarbeit ist für Liechtenstein in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht von besonderer Bedeutung. Für die Region wiederum stellt die Eigenstaatlichkeit Liechtensteins eine Bereicherung dar. Jährliche Treffen mit den Kantonsregierungen von Graubünden und St. Gallen sowie der Vorarlberger Landesregierung unterstreichen die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit und schaffen durch persönliche Kontakte und Vernetzung einen konkreten Mehrwert.

Die Region ist eine der dynamischsten weltweit. Die starke wirtschaftliche Leistung und die innovative Kraft in der Region bringen Herausforderungen für den Arbeitsmarkt, den Verkehr, die Umwelt und die Bildung mit sich. Diesen werden sich Liechtenstein und die Region in Zukunft gemeinsam verstärkt stellen müssen. In dieser Hinsicht bilden die Teilnahme Liechtensteins am Züricher Prozess der Verkehrsminister, an Treffen im Rahmen der Alpenkonvention sowie die Beteiligung Liechtensteins an der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) und der Makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) die Basis für die regionale Kooperation und Koordination.

Es liegt im Interesse Liechtensteins, die Aktivitäten der Regionalpolitik zu evaluieren und im Dialog mit den Nachbarn strategischer auf die konkreten Herausforderungen der Zukunft hin auszurichten, um die Stärke der Region zu erhalten und auszubauen.

Europäische Integration

EU ist unser wichtigster Handelspartner

Durch seine geografische Lage und gemeinsame Geschichte ist Liechtenstein eng mit Europa verbunden. Ein wirtschaftlich starkes, sicheres und friedliches Europa liegt im ureigenen Interesse Liechtensteins. Die EU ist auch nach dem Brexit Liechtensteins grösster und wichtigster Handelspartner. Eine gute und enge Partnerschaft mit der EU ist daher für Liechtenstein von entscheidender Bedeutung. Das Verhältnis zur EU bemisst sich dabei nicht nur an den Vorteilen des Binnenmarkts, sondern auch an der Verantwortung, die Liechtenstein für die

gemeinsamen Herausforderungen übernimmt. Dazu gehört das Zusammenstehen mit unseren europäischen Partnern in internationalen Foren genauso wie das Mittragen und Umsetzen von EU-Sanktionen bei Völkerrechtsverletzungen.

Mitgliedschaft im EWR

EWR als Ideallösung für Liechtenstein

Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist essenziell

Der EWR hat sich bis heute als Ideallösung für Liechtensteins Integration in Europa erwiesen. Die EWR-Mitgliedschaft ist nicht nur mitverantwortlich für Wohlstand und Stabilität, sondern ermöglicht auch, Europa mitzugestalten. Liechtenstein wird dabei als verlässlicher und konstruktiver Partner anerkannt. Unser Land gilt als Vorbild für andere europäische Kleinstaaten wie Andorra, San Marino und Monaco, die heute nach einer ähnlichen Anbindung an die EU streben.

Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist für die liechtensteinische Wirtschaft unerlässlich; ebenso die offene Grenze zu Österreich, welche tausende Grenzgängerinnen und Grenzgänger tagtäglich überqueren. Viele liechtensteinische Bürgerinnen und Bürger profitieren von den EWR-Grundfreiheiten, indem sie in einem anderen EWR-Land studieren, leben, investieren oder arbeiten. Besonders die jüngere Generation sieht diese Rechte geradezu als selbstverständlich an. Die Schengen-Mitgliedschaft garantiert nicht nur offene Grenzen und damit Reisefreiheit, sondern auch die Teilnahme an der europäischen Sicherheitsunion,

einschliesslich Polizeikooperation und Vernetzung von Sicherheitsdatenbanken. Als Teil des Dublin-Systems profitiert Liechtenstein zudem von der europäischen Migrationszusammenarbeit. Mit all diesen Vorteilen sind Pflichten verbunden. Die Umsetzung von EWR-Regulierungen erfordert einen hohen Ressourcenaufwand in Verwaltung und Wirtschaft. Ein europapolitisches Ziel ist daher immer, die Grössenverträglichkeit sicherzustellen. Liechtensteins Personenverkehrslösung sowie die Möglichkeit, an zwei Wirtschaftsräumen gleichzeitig teilzunehmen (EWR und Zollunion mit der Schweiz), sind gute Beispiele, wie es gelungen ist, der speziellen Situation Liechtensteins Rechnung zu tragen. Diese Sonderlösungen gilt es zu bewahren, zumal sie massgebend dafür sind, dass der EWR grosse Akzeptanz in der Bevölkerung geniesst. Mit Blick auf die in der EU zunehmende Kompetenzverlagerung an dezentrale Agenturen ist es wichtig, die bestehende Flexibilität des EWR-Abkommens zu nutzen, ohne die Zwei-Pfeiler-Struktur übermässig zu beeinträchtigen. Lösungen in dieser Hinsicht können immer nur im Einvernehmen mit den EWR/EFTA-Partnern Island und Norwegen gefunden werden. Eine verstärkte Beziehungspflege mit diesen beiden Ländern auch auf bilateraler Ebene ist daher zentral.

Beziehungen zur EU

Täglich spürbarer Nutzen des EWR

Privilegierte Partnerschaft mit der EU weiter vertiefen

In Sachen Steuerkooperation und Steuertransparenz konnte Liechtenstein in den letzten

Jahren grosse Fortschritte aufweisen und dadurch an Glaubwürdigkeit bei den europäischen Partnern gewinnen. Der Druck der EU auf Niedrigsteuerländer wird aber nicht nachlassen; Liechtenstein wird somit weiterhin im Fokus stehen. Ein klares Bekenntnis zur internationalen Steuerkonformität sowie eine konsequente Geldwäscheprävention sind daher weiterhin von wesentlicher Bedeutung für den Erfolg der liechtensteinischen Europapolitik.⁷

Die liechtensteinische Aussen- und Europapolitik stellt sich klar gegen Abschottung und Nationalismus und setzt sich für die europäischen Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte ein – Werte, die auch innerhalb der EU wieder zunehmend in Frage gestellt werden. Umso wichtiger wird der EWR-Finanzierungsmechanismus im Hinblick auf die Förderung rechtsstaatlicher Strukturen sowie einer unabhängigen Zivilgesellschaft. Mit dem Einsatz von EWR-Fördergeldern ist es in den letzten Jahren gelungen, die Lebensbedingungen in den ost- und südosteuropäischen Ländern zu verbessern sowie die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und diesen Ländern zu intensivieren. Vor allem Gemeinschaftsprojekte im Bereich Kultur und Bildung tragen entscheidend zum gegenseitigen Verständnis bei und sollen daher auch in Zukunft gezielt durch den EWR-Finanzierungsmechanismus unterstützt werden.

Der Brexit stellt eine Zäsur für das europäische Projekt dar; die zweitgrösste Volkswirtschaft der EU verlässt den Binnenmarkt und sucht nach einer Alternative. Der Brexit bietet Chancen wie Risiken für die EU, welche sich auch auf Liechtenstein auswirken werden. Die langjährigen und engen Beziehungen, die Liechtenstein und Grossbritannien aufgrund des

EWR gepflegt haben, gilt es auch in Zukunft auf eine solide Grundlage zu stellen. Genauso wichtig ist es, die privilegierte Partnerschaft mit der EU zu festigen und weiter zu vertiefen.

Aussenwirtschaftspolitik

Zentrale Rolle der Aussenwirtschaftspolitik

Wir schaffen möglichst vorteilhafte Exportbedingungen

Die Aussenwirtschaftspolitik ist ein zentraler Bestandteil der Aussenpolitik Liechtensteins und ein wichtiges Element einer erfolgreichen liechtensteinischen Standortpolitik. Als Land mit einem sehr kleinen Binnenmarkt und einer starken Exportwirtschaft ist Liechtenstein auf offene ausländische Märkte angewiesen. Ziel sind möglichst vorteilhafte Bedingungen für Liechtensteins Exportwirtschaft, zumindest aber gleich lange Spiesse wie Liechtensteins Hauptkonkurrenten. Auch für den Finanzplatz Liechtenstein steht die internationale Wettbewerbsfähigkeit an oberster Stelle.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Sicherstellung rechtlicher Gleichbehandlung und die Vermeidung von Doppelbesteuerung, sowie die Reaktion auf internationale Entwicklungen zählen zu den zentralen Aufgaben der Aussenpolitik in diesem Bereich.

⁷ Dieses Bekenntnis wird durch eine strategische Massnahme in der neuen Finanzplatzstrategie bekräftigt.

*Aussenhandelspolitik*Zollvertrag, EWR, EFTA und WTO als Grundpfeiler der AussenwirtschaftspolitikWir setzen uns für ein regelbasiertes Handelssystem ein

Die vier Grundpfeiler der liechtensteinischen Aussenwirtschaftspolitik (Zollvertrag, EWR, EFTA, WTO) gehen – mit Ausnahme des Zollvertrags mit der Schweiz – auf die frühen 1990er-Jahre zurück. Im Zuge der Verhandlungen über ein Abkommen zum EWR trat Liechtenstein 1991 als Vollmitglied der EFTA bei. 1995 erfolgte der Beitritt zum EWR und zur WTO. Damit waren die Grundlagen für eine selbständigere Aussenwirtschaftspolitik Liechtensteins ausserhalb des EWR – immer im Rahmen des Zollvertrags – gelegt. Liechtenstein fährt dabei zweigleisig und setzt sich vor allem im Rahmen der WTO für ein offenes und regelbasiertes internationales Handelssystem ein. Gleichzeitig erschliesst Liechtenstein im Verbund mit den anderen EFTA-Mitgliedsstaaten in den EFTA-Freihandelsabkommen neue Märkte und legt die Grundlage für präferenzielle Wirtschaftsbeziehungen zu einzelnen Staaten ausserhalb des EWR und der Schweiz. Diese beiden Ziele sind kein Widerspruch, sondern ergänzen sich.

Der Zollvertrag bleibt neben dem EWR das zentrale Element in Liechtensteins Aussenwirtschaftsarchitektur. Er sichert im Bereich Warenverkehr den uneingeschränkten Marktzugang zur Schweiz für liechtensteinische Unternehmen und – über die rein bilateralen Freihandelsabkommen der Schweiz – etwa auch zu China und Japan.

Das multilaterale Handelssystem der WTO ist in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten. Dieser Druck wird zurzeit verstärkt durch die Kritik der USA an der WTO. Resultat sind mangelnde Fortschritte in Verhandlungen über eine Verbesserung des Marktzugangs sowie über verbindliche Regeln. Zudem blockieren die USA zurzeit die Bestellung von Mitgliedern des Berufungsorgans des WTO-Streitbeilegungsmechanismus – also des Mechanismus, der den Regeln der WTO eine Verbindlichkeit für alle verleiht. Für Liechtenstein ist dieses System von grundsätzlicher und systemischer Bedeutung: Es steht im Ergebnis für den Vorrang des Rechtsstaatlichkeitsprinzips vor dem Recht des Stärkeren.

Aufgrund der mangelnden Fortschritte in den Verhandlungen gewinnen plurilaterale⁸ Verhandlungsformate zunehmend an Bedeutung und bieten möglicherweise einen Ausweg aus der Blockade. Jüngstes Beispiel dafür ist die am Rande des WEF 2019 angekündigte Aufnahme von plurilateralen Verhandlungen über E-Commerce und digitalen Handel durch 76 WTO-Mitglieder.⁹ Liechtenstein engagiert sich verstärkt für den Fortbestand und in diesem Zusammenhang auch die Reform der WTO und unterstützt die Nutzung des plurilateralen Verhandlungsformats.

⁸ So genannte plurilaterale Verhandlungen bzw. Abkommen stehen grundsätzlich allen Mitgliedern der WTO zur Teilnahme offen, es nehmen aber nicht alle, sondern nur interessierte Mitglieder teil. Wichtig ist, dass eine kritische Masse (auch bezüglich des Handelsvolumens) teilnimmt. Bekanntestes Beispiel für ein solches Abkommen ist das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen der WTO (GPA). Liechtenstein ist Mitglied des GPA. Im Unterschied dazu sind bei einem multilateralen Abkommen der WTO alle WTO-Mitglieder dabei.

⁹ Darunter neben Liechtenstein und den anderen EFTA-Staaten auch die EU, die USA, China und Japan. Zusammen decken die 76 Staaten über 90 % des Welthandels ab.

Die Schwierigkeiten der WTO haben dazu geführt, dass für Liechtenstein wie auch für die anderen EFTA-Staaten die Freihandelsabkommen markant an Bedeutung gewonnen haben und angesichts des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds und des um sich greifenden Protektionismus noch wichtiger werden. Die Mitgliedschaft in der EFTA bleibt auf absehbare Zeit das einzige Vehikel, das Liechtenstein die selbständige und umfassende Teilnahme an Verhandlungen für Freihandelsabkommen mit vertretbarem Aufwand ermöglicht. Diese Mitgliedschaft ist damit von grosser strategischer Bedeutung: Sie sichert und verbessert den bestehenden Marktzugang ausserhalb des EWR und schafft Zugang zu neuen Märkten.

Themen wie gesellschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit werden zunehmend relevant in der Gestaltung und Umsetzung einer erfolgreichen Handelspolitik. Dieser Tatsache wird durch den Ausbau und die Stärkung der Abkommensbestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung Rechnung getragen. Gleichzeitig sind die Verhandlungen der EFTA-Staaten über Freihandelsabkommen in den letzten Jahren anspruchsvoller und langwieriger geworden. Das liegt unter anderem am unterschiedlichen Entwicklungsniveau der Drittstaaten, mit denen Verhandlungen geführt werden, aber auch daran, dass es schwieriger geworden ist, gegenläufige Interessen, etwa im Bereich der Landwirtschaft oder des Schutzes Geistigen Eigentums, unter einen Hut zu bringen. Wichtige Lücken im Abkommensnetz der EFTA, etwa ein Abkommen mit den USA, werden ohne eine Liberalisierung der Landwirtschaftspolitik der EFTA-Staaten nicht zu füllen sein.

Finanzplatzpolitik

Kommunikation der Finanzplatzstrategie als Daueraufgabe

Ausweitung des Netzes an Doppelbesteuerungsabkommen

Die internationale Zusammenarbeit und die Verbesserung der Rahmenbedingungen gehören zu den zentralen Themen der internationalen Finanzplatzpolitik – und somit der Aussenpolitik. Liechtenstein hat mit der Liechtenstein-Erklärung 2009 und der Regierungserklärung 2013 den Grundstein für einen offenen und international ausgerichteten Finanzplatz gelegt und sich für eine klare Strategie der Transparenz und Steuerkooperation entschieden. Die Unterstützung der Regierung bei der Umsetzung und Kommunikation¹⁰ dieser Strategie zählt zu den Daueraufgaben des Äusseren. Dies erfordert eine aktive und kontinuierliche Kommunikation gegenüber bilateralen und multilateralen Partnern. Die Regierung hat sich in den vergangenen Jahren mit grossem Engagement dafür eingesetzt, dass die Neuausrichtung des Finanzplatzes im Ausland anerkannt wird und dass mit bedeutenden Partnerstaaten in Europa Doppelbesteuerungsabkommen ausverhandelt oder modernisiert werden konnten. Gleichzeitig werden relevante Entwicklungen in der internationalen und nationalen Steuerpolitik¹¹ mitverfolgt und teilweise mitgestaltet.

¹⁰ Dazu gehört u.a. die Organisation bzw. die Mithilfe bei Veranstaltungen zum Finanzplatz Liechtenstein im Ausland.

¹¹ Z.B. die Steuerreform in den USA und deren Implikationen für liechtensteinische Unternehmen.

Das Äussere ist neben der Teilnahme an Verhandlungen von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auch in den Dialog mit der EU und den Mitgliedsstaaten in Steuerangelegenheiten eingebunden. Bilaterale Treffen mit anderen Staaten werden gezielt dazu genutzt, um liechtensteinische Anliegen wie die Aufnahme von Verhandlungen für ein DBA oder die Beseitigung von steuerrechtlichen Diskriminierungen zu deponieren.

Über die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen hat sich Liechtenstein zur Umsetzung internationaler Standards im Bereich der Korruptions- und Geldwäschebekämpfung verpflichtet und unterzieht sich regelmässigen Überprüfungen. Dazu zählen beispielsweise die Evaluierung durch die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) oder die Überprüfung im Rahmen des UNO-Übereinkommens gegen Korruption (UNCAC), welche durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten koordiniert werden.

Eine enge Zusammenarbeit mit dem Finanzplatz bietet die Finanzsektorkommission (FSK), welche durch die «Liechtenstein Initiative» geschaffen wurde. Die Initiative bringt den Privatsektor und die Regierung in einer Public-private-Partnership zusammen. Die Expertise des liechtensteinischen Finanzplatzes wird so in reputationswirksamer Weise für ein Projekt im Bereich der Nachhaltigkeitsziele eingesetzt.

Multilaterales Engagement

Multilaterales Engagement ist inhaltlich klar fokussiert

Aktive Gestaltung der Souveränität in internationalen Organisationen

Die Mitarbeit in internationalen Organisationen ist eine Plattform zur Wahrung und aktiven Gestaltung der Souveränität, zur Beteiligung an der Lösung gemeinsamer Herausforderungen und zur Wahrung der Eigeninteressen auf internationaler Ebene. Die Prinzipien der souveränen Gleichheit aller Staaten – ein Staat, eine Stimme – und der Achtung des Völkerrechts sind die Grundlagen für Liechtensteins Sicherheit und Anerkennung auf internationaler Ebene. Sie verschaffen jedem Land Gehör und schützen Liechtenstein davor, dass sich die internationalen Beziehungen nach dem Recht der Stärkeren definieren.

Die Mitgliedschaft und aktive Teilnahme in internationalen Organisationen ist ein wesentlicher Bestandteil der liechtensteinischen Aussenpolitik. Dies gilt schon deshalb, weil aus Kapazitätsgründen nur mit einer beschränkten Anzahl von Partnern dynamische bilaterale Beziehungen gepflegt werden können. Auch das multilaterale Engagement ist auf wenige ausgewählte Schwerpunkte beschränkt: der Schutz und die Förderung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und des Völkerrechts. Diese Themen sind bewusst aus der Sicht eines Kleinstaats gewählt. Sie bilden die Grundlage für einen konstruktiven Multilateralismus und die kollektive Sicherheit. Ausserdem ermöglichen diese Schwerpunktthemen Liechtenstein, sich gezielt und wirksam einen Namen zu machen.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist die Beteiligung an der Arbeit internationaler Menschenrechtsorgane einschliesslich der regelmässigen Überprüfung der Lage im Inland. Liechtenstein ist in zweierlei Hinsicht zugegen: International fördert die universelle Umsetzung der Menschenrechte ein stabiles Umfeld, im Inland profitieren die Bürgerinnen und Bürger von einer kontinuierlichen Verbesserung ihrer Grundrechte. Das Engagement für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit kann zudem nur glaubwürdig sein, wenn Liechtenstein selbst diese Werte lebt und sich Überprüfungen stellt.

OSZE

Wir positionieren uns als solidarischer Partner mit eigenständigem Profil

Als bündnisfreies Land ohne Militär gehörte Liechtenstein im Jahr 1975 zu den Gründungsmitgliedern des KSZE-Prozesses, der zur Schaffung der OSZE mit Sitz in Wien im Jahr 1995 führte. Die OSZE ist heute das zentrale Dialogforum zu europäischen Sicherheitsfragen. Mit ihren 57 Teilnehmerstaaten umfasst sie die nördliche Hemisphäre von Vancouver bis Wladiwostok. Die OSZE ist derzeit die einzige internationale Organisation, die sich mit europäischen Sicherheitsfragen und den Konflikten auf dem europäischen Kontinent befasst, die Liechtenstein auf einer gleichberechtigten Basis offensteht. Angesichts der zunehmenden sicherheitspolitischen Spannungen kommt der OSZE eine wichtige Rolle bei der Suche nach Lösungen zu. Da Liechtenstein ein direktes Interesse an Sicherheitsfragen in Europa hat und Konflikte auf dem europäischen Kontinent Folgen für Liechtenstein haben, sind dieser Zugang und die Möglichkeit, sich aktiv an den Ar-

beiten der Organisation zu beteiligen, wesentlich. Die Erhaltung und effektive Nutzung der OSZE als zentrales und umfassendes Forum zur Behandlung europäischer Sicherheitsfragen wird in Anbetracht der bestehenden Herausforderungen im OSZE-Raum auch künftig von Bedeutung sein. Aus liechtensteinischer Sicht wird es weiterhin darum gehen, sich in dieser wichtigen Organisation als wahrnehmbarer und solidarischer Partner mit eigenständigem Profil zu positionieren.

Europarat

Klares Bekenntnis zu den Grundwerten des Europarats

Als älteste politische Organisation in Europa feiert der Europarat 2019 seinen 70. Geburtstag. Er umfasst bis auf Belarus und Kosovo alle europäischen Länder und ist somit eine rein europäische Organisation mit dem Ziel, Frieden zu schaffen und zu wahren. Ein besonderer Vorteil des Europarats für die Förderung der demokratischen Sicherheit in Europa ist, dass er eine Kombination von normensetzenden Massnahmen sowie Zusammenarbeits- und Kontrollfunktionen (Monitoring) anbietet. Der Beitritt Liechtensteins zum Europarat 1978 in Kombination mit der Ratifikation der EMRK 1982 war sowohl souveränitätspolitisch als auch in Bezug auf den Menschenrechtsschutz ein Meilenstein. Schwerpunkte des Engagements im Europarat sind die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, vor allem durch die Stärkung des EGMR sowie die Bekämpfung von Geldwäscherei und Korruption. Im Ministerkomitee bringt sich Liechtenstein zu aktuellen Fragen und Herausforderungen sowie bei der Umsetzung von EGMR-Urteilen ein.

UNO

Starkes Profil im Bereich Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

Die UNO-Mitgliedschaft dient als Plattform für eine eigenständige und konstruktive Rolle Liechtensteins in den prioritären aussenpolitischen Bereichen sowie zur Kontaktpflege mit globalen Partnern. Besonderes Profil genießt Liechtenstein in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – mit einem Schwerpunkt auf dem Bereich der internationalen Strafjustiz, wo das Engagement für den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) und den Syrien-Mechanismus (IIIM) hervorragen.

Der Schwerpunkt des Engagements an der UNO bildet, wie für einen Kleinstaat naheliegend, die UNO-Generalversammlung, welche nach dem Grundsatz der Gleichheit aller Mitgliedstaaten arbeitet und Gelegenheit zur Übernahme verschiedener Vorsitzaufgaben und anderer Mandate bietet. Bisher nahm Liechtenstein einmal Einsitz im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und war ebenso einmal Mitglied in der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW).

Liechtenstein beteiligt sich auch aktiv an den Agenden des UNO-Sicherheitsrats. Dies geschieht vor allem im thematischen Bereich, welcher auch Nicht-Mitgliedern zur aktiven Mitarbeit offensteht. Durch die Federführung beim Verhaltenskodex für den Sicherheitsrat zu Massenverbrechen¹² leistet Liechtenstein einen Beitrag dazu, dass der Sicherheitsrat effizienter auf die schwersten Krisen unserer Zeit reagiert. Eine Kandidatur für den Sicherheitsrat selbst hat Liechtenstein hingegen nie angemeldet.

Der in Genf angesiedelte Menschenrechtsrat der UNO (MRR) bildet einen weiteren Schwerpunkt des Engagements Liechtensteins. Bisher hat Liechtenstein nie Einsitz im MRR genommen, setzt sich aber im MRR als Beobachterstaat für den Schutz der Menschenrechte ein. Des Weiteren beteiligt sich Liechtenstein an den Arbeiten der UNO in Wien, insbesondere des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO).

Internationale Solidarität

Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele liegt im Interesse aller

Wir tragen durch internationale Solidarität zu einer nachhaltigen Entwicklung bei

Liechtensteins Souveränität und Handlungsfähigkeit sind langfristig nur in einer Welt sichergestellt, in welcher Stabilität und Frieden herrschen. Die stark exportorientierte liechtensteinische Wirtschaft ist auf stabile Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit angewiesen, um ihren Zugang zu Absatzmärkten zu sichern und diese zu erweitern. Die globale Umsetzung der SDGs hat für Liechtenstein und seine Aussenpolitik eine hohe Bedeutung: Die Ziele wollen weltweit Stabilität und Frieden fördern, indem die nachhaltigen Lebensgrundlagen gesichert werden. Dabei liegt es in der Verantwortung aller Länder, zur Umsetzung der SDGs beizutragen.

¹² Die Unterstützerstaaten verpflichten sich, nicht gegen glaubwürdige Resolutionsentwürfe zur Prävention oder Beendigung von Massenverbrechen zu stimmen bzw. für das rechtzeitige Handeln des Sicherheitsrates zu sorgen.

Für Industrieländer wie Liechtenstein sind die Ziele somit nicht nur in der Unterstützung von Entwicklungsländern und im internationalen Engagement für die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit massgebend. Es ist auch im Eigeninteresse Liechtensteins, das eigene Handeln an den Zielen zu orientieren. Beispielsweise im Konsumbereich sind entwickelte Länder besonders gefordert, nachhaltige Verhaltensweisen zu fördern. Auch in weiteren Bereichen wie der Gleichstellung von Geschlechtern, dem lebenslangen Lernen oder dem Zugang zu nachhaltiger Energie ist eine positive Entwicklung bedeutsam für die Zukunft des Landes. Die IHZE stellt das primäre aussenpolitische Instrument dar, mit welchem Liechtenstein – durch die Umsetzung konkreter Projekte in Entwicklungsländern – substanziell zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung beiträgt. Leitgedanke der IHZE ist es, die Rahmenbedingungen für Entwicklung gezielt zu verbessern, die Menschen zu einem eigenständigen Leben zu befähigen und hierfür Partnerschaften mit verschiedenen Akteuren zu fördern (Staaten, Nichtregierungsorganisationen und Private).

Die Umsetzung der IHZE erfolgt durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und den liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED). Seit vielen Jahren werden in der IHZE klare thematische sowie geografische Prioritäten verfolgt, welche auf den grundlegenden Interessen Liechtensteins beruhen. Die folgenden Kernthemen stehen im Mittelpunkt der Projekte: der Schutz und die Förderung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, die Förderung der Ernährungssicherheit und ländlichen Entwicklung, lebenslanges Lernen, die Bekämpfung irregulärer Migration und Schlepperei¹³ und die Not- und Wiederaufbauhilfe zur kurzfristigen humanitären Hilfe in Krisen- und Katastrophenfällen.

Insbesondere bei Bildungsprojekten können die positiven Erfahrungen des liechtensteinischen Bildungssystems genutzt werden.¹⁴ Für die gesamte IHZE stehen im laufenden Jahr 22.6 Millionen Franken zur Verfügung. Davon setzt der LED 65 % für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ein. Die restlichen 35 % werden durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten für die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe, die Not- und Wiederaufbauhilfe sowie die Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit verwendet. Die IHZE-Mittel werden schwerpunktmässig in Afrika, Süd- und Zentralamerika (Peru und Bolivien) sowie in Europa (Moldau, Bosnien-Herzegowina und Kosovo) eingesetzt.

Als internationaler Vergleichswert für die IHZE-Ausgaben dient der ODA-Prozentsatz.¹⁵ Der international anerkannte Zielwert für den ODA-Prozentsatz beträgt 0.7 %. Dieser wird nur von wenigen Staaten erreicht.¹⁶ Liechtenstein erreichte im Jahr 2016 einen ODA-Prozentsatz von 0.42. Dieser ist seit 2012 (0.75 %) mit steigender Wirtschaftsleistung kontinuierlich gesunken.

¹³ Projekte erfolgen in erster Linie in Ländern und Regionen, aus welchen Migrationsbewegungen nach Liechtenstein bestehen (z.B. Westbalkan).

¹⁴ So trägt beispielsweise der LED seit 2008 erfolgreich zur Verbesserung des Berufsbildungssystems in der Republik Moldau bei.

¹⁵ Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst alle Ausgaben, welche ein Staat gemäss den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ausgibt. Zum zwischenstaatlichen Vergleich der ODA hat sich eine Kennzahl etabliert, welche die ODA im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) eines Staates betrachtet, der sogenannte ODA-Prozentsatz.

¹⁶ Im Jahr 2017 waren dies die Vereinigten Arabischen Emirate (1.03 %), Schweden (1.02 %), Luxemburg (1 %), Norwegen (0.99 %), Türkei (0.95 %), Dänemark (0.74 %) sowie das Vereinigte Königreich (0.7 %).

Ziele und Prioritäten bis 2030

Kleinheit als Chance nutzen

Steter Dialog zwischen Aussen- und Innenpolitik

Inhaltliche Kohärenz und zeitnahe Entscheidungen als Stärken

Auch in Zukunft bedarf es einer aktiven und vorausschauenden Aussenpolitik, welche die politischen und wirtschaftlichen Interessen unseres Landes ins Zentrum stellt. Die Aussen- und Innenpolitik stehen in einer engen Wechselbeziehung zueinander: Aussenpolitik ist einerseits Interessenspolitik. Sie ist bestrebt, die Bedürfnisse der liechtensteinischen Bevölkerung und Wirtschaft bestmöglich zu verwirklichen. Andererseits gewinnen aussenpolitische Entwicklungen zunehmend an Bedeutung für die Innenpolitik. Ein steter Abgleich zwischen Innen- und Aussenpolitik verstärkt die Akzeptanz der inhaltlichen Arbeit der Aussenpolitik. Zur Umsetzung einer aktiven Aussenpolitik braucht es einen leistungsfähigen diplomatischen Dienst, der über ausreichende Ressourcen verfügt. Die Aussenbeziehungen werden indes nicht allein durch das Aussenministerium wahrgenommen, sondern – in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen – durch die gesamte Regierung und Verwaltung mitgestaltet. Gleichzeitig kommt dem Äusseren eine wichtige und ressourcenintensive Aufgabe in der Unterstützung aller Ministerien und Amtsstellen in den unterschiedlichen Bereichen der Aussenbeziehungen zu. Dies beinhaltet die Organisation oder Koordination von Besuchen von Regierungsmitgliedern im Ausland oder die Aushandlung, Ratifikation und Betreuung von bi- und multilateralen Abkommen in unterschiedlichen Themengebieten.

Liechtenstein muss seine Kleinheit als Chance verstehen und nutzen. Im Unterschied zu grösseren Staaten können inhaltliche Kohärenz und zeitnahe Entscheidungen einfacher herbeigeführt werden. Ausserdem kann Liechtenstein relativ eigenständig auftreten, da es keine Verpflichtung zu einer gemeinsamen Aussenpolitik mit anderen Staaten eingegangen ist. Während die politische und gesellschaftliche Fragmentierung in vielen Staaten noch zunehmen wird, sollte Liechtenstein einheitliches und effizientes aussenpolitisches Handeln noch ausgeprägter zu seiner Stärke machen. Eine weitere Steigerung der Kohärenz und Effektivität der Aussenpolitik setzt einen kontinuierlichen Informationsaustausch innerhalb der Verwaltung voraus.

Veränderte Rahmenbedingungen

Wir entwickeln die Aussenpolitik gezielt weiter

Bestehende Mitgliedschaften als unabdingbare Grundpfeiler

Digitalisierung – Herausforderung und Chance für die Aussenpolitik

Das Umfeld, in dem sich die Aussenpolitik bewegt, ist Veränderungen unterworfen. Faktoren wie der Einsatz von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druckmitteln, die teilweise Abkehr vom Multilateralismus und die Wiedererstarkung des nationalstaatlichen Denkens, Zweifel an der liberalen Ordnung, die Missachtung und Schwächung internationaler Regelwerke oder die Digitalisierung dürften weiterhin bestimmend bleiben und sich teilweise gar verstärken. All diese Faktoren und Entwicklungen, die für Liechtenstein grösstenteils

kritisch zu sehen sind, müssen bei der Ausgestaltung der Aussenpolitik bedacht und berücksichtigt werden.

In den kommenden Jahren werden – aus heutiger Sicht – bewusste Weiterentwicklungen der Aussenpolitik notwendig sein. Die gegenwärtige aussenpolitische Positionierung Liechtensteins bietet jedoch auch im anspruchsvoller werdenden Umfeld eine gute Grundlage, auf der es aufzubauen gilt. Die zentralen Mitgliedschaften – EFTA, EWR, Europarat, OSZE, UNO und WTO – stellen weiterhin unabdingbare Grundpfeiler der Verankerung Liechtensteins in der Staatengemeinschaft dar. Die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen und das Vertretungsnetz Liechtensteins im Ausland bilden schon heute den Mindestrahmen für eine wirkungsvolle Aussenpolitik.

Zukünftige Anpassungen haben dem Umstand Rechnung zu tragen, dass das Gefüge der internationalen Ordnung auf dem Prüfstand steht: Die Schwächung des Multilateralismus und der schwindende Respekt für internationale Normen sind kritische Entwicklungen für Liechtenstein. Somit wird die liechtensteinische Aussenpolitik weiterhin eine massgebliche Rolle für das Wohlergehen unseres Landes spielen, sowohl in der Schaffung offener Türen zu wichtigen bilateralen Partnern als auch in der globalen Förderung von Nachhaltigkeit, Sicherheit und Frieden:

- Um das Netz an Partnerstaaten zu verbreitern, wird es bedeutsam sein, die bilateralen Beziehungen mit Schwerpunkt- und Schlüsselländern (v. a. innerhalb der EU) weiter zu stärken. Auch die Bedeutung einer gut funktionierenden regionalen Zusammenarbeit nimmt in einem schwierigeren globalen Umfeld zu.

- Die Integration in den europäischen Binnenmarkt und das enge Verhältnis mit der EU sind angesichts der exportorientierten Wirtschaft, der geografischen Lage Liechtensteins und der gemeinsamen Werte unabdingbar.
- Die Bedeutung einer an freien Märkten orientierten Aussenwirtschaftspolitik gewinnt in Zeiten von Tendenzen zu mehr Protektionismus an zusätzlicher Bedeutung.
- Gerade angesichts zunehmender Machtpolitik ist das Engagement für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte in internationalen Organisationen noch wichtiger.
- Solidarische Beiträge zur Linderung von Krisen und zur langfristigen Unterstützung benachteiligter Regionen vor Ort werden unverändert gefragt sein. Die Bedeutung von Themen wie Nachhaltigkeit und Umweltschutz wird weiter zunehmen.

Die Aussenpolitik steht auch vor neuen Chancen und Herausforderungen, die sich aus technischen Entwicklungen ergeben. Die zunehmende Digitalisierung bringt nicht zuletzt für die Aussenpolitik tiefgreifende Veränderungen mit sich. Zum einen bietet sie Chancen: Neue Technologien und soziale Medien ermöglichen einen direkteren Austausch mit der Öffentlichkeit und aussenpolitischen Akteuren. Personenkreise, die bisher nicht erreicht werden konnten, haben nun Zugang zu Informationen über aussenpolitische Aktivitäten und Positionen Liechtensteins. Ebenso ist es einfacher geworden, aussenpolitische Themen in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen oder zu hinterfragen. Soziale Medien bieten hierfür eine ideale Plattform.

Zum anderen besteht die Gefahr, dass einseitige und verkürzte Antworten geliefert bzw. Falschinformationen gezielt eingesetzt werden, um Meinungen zu manipulieren, und dass Diskussionen von polemischen Stimmen dominiert werden. Die Aussenpolitik wird in Zukunft verstärkt gefordert sein, sich zu erklären und ihre Arbeit verständlich zu machen. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit für alle Altersgruppen ist unerlässlich. Dabei geht es vor allem darum, den Bürgerinnen und Bürgern die konkreten Vorteile und Notwendigkeiten einer aktiven Aussenpolitik aufzuzeigen.

Bilaterale Beziehungen

Bilaterale Beziehungen gewinnen an strategischer Bedeutung

Bilaterale Vernetzung in Europa breiter abstützen

Wir legen einen verstärkten Fokus auf den asiatischen Raum

Aufgrund der Schwächung des Multilateralismus und der zunehmenden Bedeutung des Bilateralismus gewinnen Aktivitäten, die der Pflege und Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu Schwerpunktländern und der Schaffung neuer tragfähiger Partnerschaften dienen, zunehmend an strategischer Bedeutung. Entsprechend soll der bilaterale Austausch und die Zusammenarbeit, insbesondere in Europa, verstärkt und ausgebaut werden. Dies setzt einerseits die Definition geeigneter Partnerstaaten voraus und andererseits die Identifizierung von Themen und Formaten, die einen nachhaltigen Dialog mit diesen Staaten sowie belastbare

Netzwerke schaffen. Die besonders engen Nachbarschaftsbeziehungen haben sich als positiv für Liechtenstein, aber auch für seine Nachbarn Österreich und Schweiz erwiesen. Der laufenden Pflege und Weiterentwicklung der Nachbarschaftsbeziehungen muss daher hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auch in Zukunft wird die Lebensrealität des Grossteils der Bevölkerung in der Region sein. Für die meisten kleinen und mittleren Unternehmen ist die Region der primäre Markt. Bewährte Kooperationen in der Region und mit den beiden Nachbarstaaten sollen deshalb aufrechterhalten und weiterentwickelt werden. Ein Augenmerk soll weiterhin der Pflege von persönlichen Kontakten und der Schaffung von tragfähigen Netzwerken geschenkt werden.

Hohe Bedeutung kommt den Beziehungen zu Deutschland zu. Diese sollen weiter gestärkt werden, unter anderem durch eine gezielte Einladungs- und Besuchspolitik, die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, die Vertiefung der Beziehungen mit Bundesländern und den Ausbau des Netzes der Honorarkonsulate. Die Schlüsselrolle Deutschlands in der EU soll gezielt genutzt werden.

Die bilaterale Vernetzung in Europa soll über den deutschsprachigen Raum hinaus ausgebaut und breiter abgestützt werden. Im Zentrum der verstärkten Beziehungspflege stehen die EWR/EFTA-Partner Island und Norwegen sowie die EU-Mitgliedsstaaten. Bestehende gute und freundschaftliche Beziehungen mit EU-Staaten wie Luxemburg sollen bewahrt werden und die Beziehungen mit den übrigen EU-Staaten bewusster gepflegt werden. Dem regelmässigen Austausch mit Island und Norwegen auf Regierung- und Verwaltungsebene ist besonderes

Augenmerk zu schenken, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und Netzwerke zu schaffen, die bei EWR-rechtlichen Anliegen genutzt werden können. Eine verstärkte Besuchspolitik von Regierung und Verwaltung in Bezug auf Island und Norwegen, aber auch mit Blick auf weitere wichtige EU-Partner, kann die Wahrnehmung Liechtensteins fördern, die Sichtbarkeit des EWR erhöhen und das Verständnis für die Situation und die Anliegen Liechtensteins stärken. Die enge Zusammenarbeit mit europäischen Partnern in internationalen Organisationen soll vermehrt für die Intensivierung der bilateralen Kontakte genutzt werden.

Eine erhöhte Beachtung soll künftig den Beziehungen mit Frankreich und Grossbritannien geschenkt werden. Im Sinne der Finanzplatzstrategie ist die Eröffnung einer Vertretung in Paris ernsthaft zu prüfen. Die Platzierung von politischen und wirtschaftlichen Anliegen Liechtensteins sowie eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Reputationsmanagement würden durch eine ständige Präsenz vor Ort deutlich erleichtert. Der bilaterale Austausch mit Grossbritannien wurde im Zuge der Brexit-Verhandlungen deutlich intensiviert. Mit dem Austritt aus der EU dürften sich neue Optionen für eine Zusammenarbeit mit Grossbritannien ergeben, wobei der Fokus vorerst vor allem auf die zukünftigen Handelsbeziehungen gelegt werden soll. Die Eröffnung eines Honorarkonsulats in London macht die Vertiefung der Beziehungen sichtbar.

Eine besondere Bedeutung kommt weiterhin den Beziehungen mit der Tschechischen Republik und der Lösung der noch offenen Fragen zu. Die Eröffnung eines Honorarkonsulats in Tschechien wird angestrebt. Generell soll das Netz der liechtensteinischen Honorarkonsulate aber

weiterhin überschaubar gehalten werden. Eröffnungen konzentrieren sich auf Länder, in denen bereits Honorarkonsulate bestehen oder die von besonderer strategischer Bedeutung für Liechtenstein sind.

Ausserhalb Europas bleiben die USA der zentrale Partner Liechtensteins. Die Handelsbeziehungen und das Hinarbeiten auf ein DBA nehmen einen besonderen Stellenwert im bilateralen Austausch ein.

Inskünftig soll ein verstärkter Fokus auf den asiatischen Raum gelegt werden. Neben dem traditionellen Austausch mit Singapur sollen insbesondere die Beziehungen mit China und Indien aktiver gepflegt und vertieft werden, vorderhand durch eine regelmässige Besuchsdiplomatie. Parallel dazu soll im Ausserministerium spezifisches Know-how aufgebaut werden, insbesondere zu China.

Europäische Integration und Aussenwirtschaftspolitik

Der EWR ist unverändert die geeignete Integrationsform für Liechtenstein

Wir leisten einen Beitrag zu einem starken und geeinten Europa

Konsequente Fortführung der aktiven Aussenwirtschaftspolitik

Enger Austausch mit inländischer Wirtschaft

Liechtenstein führt seine eigenständige und auf seine Bedürfnisse zugeschnittene Europapolitik weiter. Der EWR gilt weiterhin als geeignete

Integrationsform. Die enge Anbindung an Europa ist eine absolute Notwendigkeit für Liechtenstein. Der EWR-Betritt hat sich als Erfolgsgeschichte liechtensteinischer Aussenpolitik erwiesen. Liechtenstein geniesst heute das Ansehen eines konstruktiven und verlässlichen Partners in Europa.¹⁷ Die privilegierte Partnerschaft mit der EU und Schwerpunktländern innerhalb der EU soll aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig wird das liechtensteinische Integrationsmodell kontinuierlich überprüft und mit alternativen Modellen der europäischen Integration verglichen.

Die Vorteile des Binnenmarktes, die mit der EWR-Mitgliedschaft einhergehen, haben eine grosse Relevanz im Alltag der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner und sind essenziell für Liechtensteins stark exportorientierte Wirtschaft. Diese Vorteile gilt es zu bewahren. Die EU ist nach wie vor der wichtigste Absatzmarkt und wird dies auf absehbare Zeit bleiben. Auch die Schengen/Dublin-Assoziierung ist zentral für ein Land, das von Schengen-Ländern umgeben ist. Ein effektiver Schutz der EU-Ausgangsgrenzen ist im Interesse Liechtensteins. Liechtenstein wird sich auch in diesem Bereich weiterhin solidarisch beteiligen.

Liechtenstein leistet in Zukunft weiter seinen Beitrag zu einem starken und geeinten Europa. Ein wichtiges Instrument dafür ist der EWR-Finanzierungsmechanismus, der gerade in den Empfängerstaaten die Sichtbarkeit Liechtensteins erhöht. Ein politisch und wirtschaftlich starkes Europa liegt im ureigenen Interesse Liechtensteins.

Das europäische Gesellschaftsmodell, das Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern zu-

gutekommt, basiert auf Werten wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – Werte, für die sich das Land in internationalen Organisationen aktiv engagiert. Leitende Stellen bei europäischen Institutionen, bei denen Liechtenstein Mitglied ist, sollen nach Möglichkeit mit liechtensteinischen Staatsangehörigen besetzt werden. Dazu gehören das EFTA-Sekretariat, die EFTA-Überwachungsbehörde, der EFTA-Gerichtshof und der EGMR.

Angesichts des begrenzten Heimmarkts kommt der Aussenwirtschaftspolitik eine besondere Bedeutung zu. Liechtenstein führt seine bisherige Politik konsequent weiter und setzt sich mit Nachdruck für den Ausbau der Drittlandbeziehungen im Rahmen der EFTA ein. Im Fokus sind dabei Wachstumsmärkte. Gleichzeitig steht Liechtenstein für eine Stärkung der WTO und damit ein transparentes und regelbasiertes multilaterales Handelssystem ein. Liechtenstein beteiligt sich an plurilateralen Initiativen, sofern sich diese mit den Interessen der heimischen Exportwirtschaft decken.

Die Aussenpolitik steht in einem engen Austausch mit der liechtensteinischen Wirtschaft, um deren Interessen zu kennen und gezielt in Verhandlungen verfolgen zu können. Aussenwirtschaftliche Themen werden bei bilateralen Gesprächen systematisch auf allen Ebenen zur Sprache gebracht, um den Abschluss von Freihandelsabkommen und DBA zu begünstigen sowie steuerrechtliche Diskriminierungen zu vermeiden oder zu beseitigen.

¹⁷ Vgl. die Schlussfolgerungen des Rates zu einem homogenen erweiterten Binnenmarkt und den Beziehungen der EU zu nicht der EU angehörenden westeuropäischen Ländern vom 11. Dezember 2018.

Auch die aktive Verfolgung relevanter Entwicklungen im Wirtschaftsbereich und die Kontaktpflege zu wichtigen institutionellen und bilateralen Partnern nimmt weiterhin eine wichtige Rolle ein. Gemeinsame Initiativen von Staat und Privatwirtschaft zur Stärkung des Standorts und zur Förderung eines ausgewogenen Liechtenstein-Bildes werden vermehrt angestrebt.

Der Finanzplatzstrategie entsprechend ist eine Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds (IWF) zu prüfen. Weitere Mitgliedschaften oder Teilschritte (Beobachterstatus) sollen evaluiert werden.¹⁸

Multilaterales Engagement und internationale Solidarität

Einsatz für einen lösungsorientierten Multilateralismus

Wir wollen durch unser Engagement einen Mehrwert schaffen

Engagement für Grundwerte aus Überzeugung

Liechtenstein engagiert sich für Klimaschutz und internationale Solidarität

Liechtenstein engagiert sich für einen effizienten und lösungsorientierten Multilateralismus. Der aktive Einsatz für handlungsfähige multilaterale Institutionen, für die allgemeine Verbindlichkeit einschlägiger internationaler Regelwerke und für grundlegende Werte ist Ausdruck gelebter Interessenspolitik. Liechtenstein kann sich globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel und der zunehmenden Migration nicht entziehen. Durch die Mitarbeit bei deren

Bewältigung nimmt Liechtenstein seine Verantwortung in der Staatengemeinschaft wahr.

Die Besetzung von Nischen, die gezielte Übernahme von Themenführerschaften und die Entwicklung eigener Initiativen schaffen ein klares und sichtbares Profil sowie Respekt und Anerkennung für Liechtenstein. Diese Initiativen und Inhalte sind Ausdruck gelebter Souveränität; die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen dient Liechtenstein dabei als Plattform. Ihnen kommt zudem eine wichtige Rolle als Türöffner zu: Sie positionieren Liechtenstein als relevanten bilateralen Partner, machen das Land als Gesprächspartner interessant und fördern die positive Wahrnehmung des Landes.

Liechtenstein besetzt bewusst Themen, bei denen es eine hohe Glaubwürdigkeit besitzt und einen Mehrwert schafft. In den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verfügt es über ein starkes und glaubwürdiges Profil. Dies ist unter anderem dem Engagement zur Kriminalisierung von Angriffskriegen zu verdanken – ein historischer Erfolg, der entscheidend zur Entwicklung des Völkerrechts beigetragen hat. Liechtenstein ist heute eine führende Stimme im Bereich der internationalen Strafjustiz. Ein innovatives und aktives Engagement für das Völkerrecht soll auch in Zukunft das Profil Liechtensteins prägen.

Das Engagement für die Einhaltung der Grundwerte erfolgt aus Überzeugung, insbesondere in einer Zeit, in der diese Werte auf dem Prüfstand stehen.

¹⁸ Z.B. Committee on Fiscal Affairs oder Forum on Tax Administration der OECD.

Es dient zugleich der positiven Eigendarstellung gegenüber internationalen Partnern und macht Liechtenstein auf bilateraler Ebene zu einem anerkannten Partner. Zur Bekräftigung seines Engagements strebt Liechtenstein mittelfristig einen Sitz im UNO-Menschenrechtsrat an. Eine Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat ist hingegen kein strategisches Ziel der Regierung.

Die Glaubwürdigkeit des multilateralen Engagements wird durch die Einhaltung der Verpflichtungen Liechtensteins im Rahmen internationaler Menschenrechtsübereinkommen gestärkt. Die Förderung von Menschenrechten im Inland erfolgt im Dialog mit der Zivilgesellschaft.

Liechtenstein engagiert sich aktiv für den Klimaschutz und die Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die Fokussierung auf den Klimaschutz im Umweltbereich erfolgt aufgrund dessen Bedeutung für Liechtenstein als Alpenland. Gleichzeitig kommt Liechtenstein den Vorgaben der zahlreichen multilateralen Umweltabkommen, bei denen es Vertragsstaat ist, nach. Die Umsetzung der SDGs soll in Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft erfolgen. Auf staatlicher Seite kommt der IHZE eine tragende Rolle zu: Sie trägt mit ihren Projekten aktiv zur Umsetzung der Agenda 2030 bei.

Staatliches sowie privates entwicklungspolitisches und humanitäres Engagement haben eine lange Tradition in Liechtenstein. Diese Tradition soll aufrechterhalten werden und das staatliche Engagement auf dem bisherigen hohen Niveau fortgeführt werden. Im zwischenstaatlichen Vergleich (ODA-Prozentsatz) stabilisiert Liechtenstein den derzeitigen Wert

und baut ihn mittelfristig wieder aus. Durch das entwicklungspolitische und humanitäre Engagement präsentiert sich Liechtenstein als solidarischer Akteur, trägt aber auch zur Prävention von Konflikten und massiven Migrationsströmen bei. Die Wirksamkeit der Projekte, die Tätigkeitsbereiche und die inhaltlichen Schwerpunkte der IHZE werden evaluiert und falls nötig angepasst. Ein grösseres Augenmerk soll in Zukunft der Öffentlichkeitsarbeit geschenkt werden, um die Aktivitäten im Rahmen der IHZE im In- und Ausland sichtbarer zu machen. Das entwicklungspolitische und humanitäre Engagement Liechtensteins soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit des Staats mit privaten Partnern noch sichtbarer gemacht werden.

Impressum

Herausgeber:

Regierung des Fürstentums
Liechtenstein
Regierungsgebäude
Peter-Kaiser-Platz 1
Postfach 684
9490 Vaduz

Internet:

www.regierung.li

Grafik und Gestaltung:

Büro für Gebrauchsgraphik AG,
Vaduz

Druck:

BVD Druck+Verlag AG, Schaan

Juli 2019

